



Wir kommentieren:

Ein soziologisches Problem: 1. Die Stadt wird ein funktionales Gebilde – im Gegensatz zum Dorf – Kontakt der Herzen oft unmöglich – daraus ergibt sich die Einsamkeit als Strukturproblem – 2. Gegenmittel: bewußte Pflege echt menschlicher Begegnung – 3. Einzelne Anregungen: Familienrunden – gewisse Zellen – Hausbesuche – richtiges Bauen.

Die Mythen der Sowjetwirklichkeit (nach einer Studie von Philip Mosely): 1. Der Mythos von Kämpfen im russischen Machtapparat – 2. Der Mythos von der Entwicklung Rußlands zur vollen Freiheit – 3. Der Mythos von der Erschütterung der russischen Diktatur durch sich hebenden Lebensstandard – 4. Der Mythos von der sich lockernden Parteikontrolle durch die höhere Schulung.

Wirtschaft

Die Schweiz in den Wirren der Europäischen Integration: Actio und Reactio – EWG und EFTA – Geschichtlicher Rückblick: Die OECE als erste Stufe der Integration – Die politisch motivierte Integration der Sechs – Grundzüge – Startgrundlage – Der attraktive Kern der EWG – Ihre weitere Entwicklung – Die wirtschaftliche Entwicklung – Im Innenverhältnis – Im Außenverhältnis – Ein nicht eingelöstes Versprechen – Eine nicht bewiesene These – Die politische Entwicklung – Der Einfluß de Gaulles – Reduktion der politischen Substanz – Drei Folgerungen: eine «Europapolitik» gibt es nicht – Gleichgewichtsübungen beinahe im alten Stil – Der Kaufpreis: Europas wirtschaftliche Desintegration.

Politik

Deutschland und Polen: Verkennt die Kirche

Polens ihre Sendung? – Eine erschütternde Statistik – Polens Eigenart und Kirche – Zwei Denkungsarten im Verhältnis Deutschland-Polen – die juristische – die politische – Bisherige Versuche ins Gespräch zu kommen – sie waren militärischer Natur – Die Notwendigkeit politischer Gespräche.

Presse

Die unterschätzte Waffe: Die Macht der Auswahl in der Information – Die Arbeitsweise der Sowjetunion – bei den Satelliten – in Westdeutschland – in der Schweiz – Gegenmaßnahmen: Das Institut zur Erforschung der UdSSR.

Bibel

Bücher über die Hl. Schrift: Roland de Vaux: Die hebräischen Patriarchen und die modernen Entdeckungen – Claus Schedl: Geschichte des Alten Testaments – Bible de Crampon.

KOMMENTARE

Die Einsamkeit in der Stadt als Strukturproblem

Ein moderner Diogenes

Wenn nicht alles trägt, gewinnt der alte Diogenes zusehends an Aktualität. Dieser gescheite Kulturkritiker des Altertums soll sich einmal beim hellichten Tag mit einer Lampe in der Hand in die Stadt begeben haben. Auf die erstaunte Frage, was er damit bezwecke, gab er zur Antwort: «Ich suche einen Menschen.» Er meinte einen Menschen, mit dem er geistesverwandt in bereichernde Seelengemeinschaft treten könnte. Ist es bloß Zufall, daß ein moderner Psychiater einen ähnlichen Ausspruch bezeugen muß? Ein junger, eben vom Land in die Stadt zugereister Mann klagte ihm nämlich: «Ich hätte nie geglaubt, wie schwierig es ist, in der Stadt einen Menschen zu finden.» Beide Geständnisse weisen auf eine Gefahr des Stadtlebens hin, die nicht ernst genug genommen werden kann: die Ungeborgenheit und Einsamkeit.

Von dieser Einsamkeit werden vor allem die jungen Menschen betroffen, welche, vom pulsierenden Leben der Stadt angezogen, voller Unternehmungslust in diesem Lichtermeer untertauchen und ihr Glück zu finden gedenken. Das Erlebnis

der Freiheit in fast unabsehbar scheinenden Möglichkeiten lockt sie. Oft wollen sie der Enge des Dorfes entkommen und stellen dann mit Ernüchterung fest, daß die vier Wände ihres Mietzimmers noch enger und einsamer sind. Nicht selten enden Versuche, mit Unbekannten in näheren Kontakt zu treten, mit Erlebnissen, von denen man lieber nicht spricht. Was zurückbleibt, ist die Bitterkeit der Enttäuschung und die Angst vor neuen Kontakten.

Nicht anders geht es oft jungen Ehepaaren, die irgendwo an irgend einer Straße «ihr Heim» gründen. Es sind vor allem junge idealgesinnte Frauen, welche um der neuen Aufgabe willen auf ihre frühere Berufsarbeit verzichten. Ihren Beruf, den sie nicht selten liebten und der ihren Arbeitstag ausfüllte, gaben sie auf, und nun empfinden sie den kleinen Raum der Wohnung als qualvolle Enge. Aus dieser Not meinte eine früher berufstätige Frau, sollte man vier Wochen nach der Heirat schon das erste Kindchen bekommen, damit man stets ein lebendiges Du um sich hätte. Ähnliches gilt auch bei Familien, welche sich in ihren christlichen Auffassungen von Ehe und Familie äußerst einsam und verloren finden.

Alle diese Tatsachen, die leicht ergänzt werden könnten, zeigen ein ernstes soziologisches Problem auf; sie fordern den heutigen Christen zur geistigen Verarbeitung und Steuerung auf.

Ein Strukturproblem

Man könnte sich die Sache leicht machen. Man könnte in den Chor jener einstimmen, die einfach behaupten, der heutige Durchschnittsmensch in der Stadt sei eben so vermaßt, daß er der echten menschlichen Kontakte nicht mehr fähig und bedürftig sei. Das Problem «Einsamkeit» sei nur theoretisch. Was Charakter und geistiges Profil habe, finde auch in der Stadt den Weg zur Überwindung der Einsamkeit; der Rest spüre kein Problem.

Diese Antwort mag in manchem richtig sein; sie ist aber als globales Urteil falsch, denn sie sieht am Wesentlichen vorbei. Und dieses Wesentliche ist die Feststellung, daß das heutige Stadtleben Umweltbedingungen schafft, die wohl zu einer Unmenge von oberflächlichen Begegnungen führen, aber einen die Tiefen des menschlichen Daseins erschließenden Kontakt der Herzen hemmen oder gar verunmöglichen und nur schwer die Geborgenheit des menschlichen Daseins vermitteln.

Diese soziologische Struktur gilt es als Christ ernst zu nehmen; darin liegen auch die Aufgaben. Ein Vergleich der Stadt mit der bürgerlichen Dorfgemeinschaft möge das verdeutlichen.

Das Dorf hat soziologisch gesehen ein anderes Gesicht als die Stadt. Das Leben im Dorf wird von einem Netz von bergenden menschlichen Beziehungen getragen, die in klaren Ordnungen verankert sind und das Gefühl der Verwurzelung und Sicherheit verleihen. Schon das Kind wird in diese Ordnungen hineingeboren; es kommt nicht als unbekanntes Kind unbekannter Mieter zur Welt, sondern als Sohn oder Tochter einer bekannten Familie. So weiß zum Beispiel jedermann, daß der Vater des Neugeborenen Schreiner ist, daß er eine kleine Werkstatt besitzt, daß der Großvater mütterseits in der Nachbargemeinde das Amt des Präsidenten innehat und daß die Mutter im Vorstand des Frauenvereins eine bedeutende Rolle spielt. Der kleine Dorfbürger wächst unter Vettern und Basen und andern Kindern auf, deren Eltern ebenfalls ein genau geprägtes Gesicht haben. So ist zum Beispiel Hans, mit dem sich der Sohn des Schreiners sehr gut versteht, der Sohn des bekannten Schlossers, der als Feuerwehrkommandant ein bedeutendes Ansehen genießt.

Das ganze Geflecht der menschlichen Beziehungen ist von einer Stabilität, die eine Gesicherheit ausstrahlt, Gleichgesinnte zusammenführt, Gleichgestellte verbindet und selbst in feste Lebensordnungen hineinführt. Das Kind erlebt die Dorfgemeinschaft als vielgestaltiges hierarchisch geordnetes soziologisches Gefüge.

Natürlich fehlen keineswegs die Schattenseiten. Das «Dorf» kann einen Menschen samt seiner Familie furchtbar grausam abstempeln. Demgegenüber bietet die Anonymität des Stadtlebens den Vorteil des Unbeschwert- und Unbelastetseins, ist aber – sofern sie nicht bewußt gepflegt werden – erschreckend arm an tiefgehenden Beziehungen von Mensch zu Mensch. Dies gilt vor allem von der fluktuierenden Stadtbevölkerung. Eine neuere religionssoziologische Untersuchung kommt zum Schluß, daß die Stadt «aus einem geographischen Gebilde immer mehr zu einem funktionalen wird, das heißt zu einer Ansammlung der verschiedensten Lebensbeziehungen und Lebensmilieus, denen die Bewohner und diejenigen, die Tag für Tag hinein- und wieder hinausströmen, mit einem Teil ihres Lebens und Interesses verhaftet sind. Der Mensch und insbesondere der Großstädter ist nicht mehr wie einst auf dem Dorf oder in der Kleinstadt als Bürger in seinem Wesen zu definieren. Viel wichtiger sind andere Gesichtspunkte. Er ist Arbeitskraft, Betriebsangehöriger, Verkehrsteilnehmer, Nutznießer verschiedenster öffentlicher und privater Dienste, Marktfaktor, Steuerzahler und vieles andere¹». Im Erlebnis ihrer meisten Bewohner mag demnach die Stadt nicht ein als Ganzes durchschautes und als Ganzes bejahtes Gemeinschaftsleben zu bieten. Deshalb sind sie in ihrer Ganzheit nicht verankert und haben das Gefühl der Bodenlosigkeit und Einsamkeit.

¹ «Herder-Korrespondenz» 15 (1960/61), 326. Vgl. zum Thema auch Lotz, J. B.: «Von der Einsamkeit des Menschen», Frankfurt a. M. 1956, 2. Auflage; sowie Wick Reinhold, «Franziskus in der Großstadt», Luzern 1953.

Was ist zu tun?

Es wäre nun falsch, das soziologische Gebilde der Stadt als solches zu verurteilen. Schließlich wählten Paulus und Petrus nicht das wohlbehütete Land, sondern gerade die bedeutungsvollen Städte zu ihrem Wirkungskreis. Es ist uns vielmehr die Aufgabe gegeben, nach Formen zu suchen, welche auch dem Stadtbewohner jene im Rahmen der irdischen Pilgerschaft mögliche und für eine gesunde menschliche Entfaltung notwendige Geborgenheit im Gemeinschaftsleben vermitteln.

Dabei zeigt sich vor allem die Notwendigkeit einer Besinnung auf die Grundlagen wahren Gemeinschaftslebens. Gemeinschaft wurzelt im Ich-Du-Erlebnis, in der personalen Beziehung und Begegnung. Die Geborgenheit hängt von der Intensität der Ich-Du-Erschlossenheit ab. Das Gefühl des Gesicht- und Beheimatetseins ist demnach nicht eine Funktion des Bankkontos und des Einkommens, sondern eine Frucht echt menschlicher Beziehungen und persönlicher Kontakte.

Ausdruck ist das ruhige, verstehende, eröffnende, begreifende Gespräch, und zwar nicht nur über eigene Erlebnisse, sondern auch über Dinge und Ereignisse. Dieses Gespräch schafft das staunende Bewußtsein, daß auch der im persönlichen Du mir gegenüberstehende Mensch gleiche Kämpfe, gleiche Leiden, gleiche Freuden, gleiche Ideale, gleiche Höhen und Tiefen des Bewährens und Versagens aufweist.

Und wenn sich erst zwei Christen in dieser Weise begegnen, die sich aus der gleichen Weltverhaftung und Weltverpflichtung den Lebens- und Zeitproblemen stellen wollen, dann wird diese Begegnung zu einem im wahrsten Sinne beglückenden und bergenden Erlebnis. Es schenkt das Wissen, miteinander und füreinander da zu sein; das Bewußtsein, einander helfen zu können, einander bereichern zu können.

Diese soziologisch-psychologische Grundtatsache führt uns zu einer Forderung, die vielleicht der Schlüssel zur Überwindung der Einsamkeit in der Stadt sein könnte: die Forderung nach der Pflege echt menschlicher Kontakte unter Gleichgesinnten. Es dürfen aber nicht oberflächliche Berührungen sein, sondern die Tiefen ansprechende und aufschließende Gespräche.

Anregungen

Man kann sich gut vorstellen, daß dort, wo Gatte und Gattin dieser bergenden geistigen Nähe fähig sind, keine gefahrdrohenden Gefühle der Einsamkeit auftreten, auch in der Stadt nicht. Dasselbe kann wohl auch von den Stadtkindern gesagt werden, die in der Intimität einer gesunden Familie aufwachsen. Dies gilt besonders dort, wo in der Familie auch Zeitfragen besprochen werden (zum Beispiel im Anschluß an eine Radiosendung, zu der man kritisch Stellung nimmt), damit die Kinder auch in die gesellschaftlichen Ordnungen hineinwachsen. Versagt aber die Familie, so sind die Folgen unabsehbar.

Schon diese Überlegung zeigt uns, daß die Familie allein nicht genügt. Es müssen auch außerhalb der Familie echte Kontakte ermöglicht werden. Einmal für die Ehegatten selber.

- ▶ Es scheint, daß die sogenannten Familienrunden eine wirklich glückliche Neuerung darstellen.
- ▶ Wieweit die modernen Pfarreivereine echte Kontakte ermöglichen oder in vermehrtem Maße ermöglichen könnten, müßte noch genauer untersucht werden.
- ▶ Sicher ist, daß *Kolping* in seinen Gesellenvereinen gerade dies anstrebte.
- ▶ Seelsorgliche Hausbesuche und Einzelgespräche sind entscheidend.

▶ Auch sollte man Apostolats- und Einsatzgruppen in der Pfarrei nicht im Zweifel darüber lassen, daß das Gebot der Nächstenliebe von ihnen ganz konkret und schlicht verlangt, dem

Herrn X oder der Fräulein Y eine Stunde lang zuzuhören und aus einem ebenso schlichten Glaubenserlebnis heraus Zeugnis davon zu geben, wie ein Christ diese oder jene Situation meistert.

Dabei ist vor allem zu merken, daß Betrieb und Betriebsamkeit nichts fruchten; nur das hinhorchende, von sich selber Abstand nehmende Gespräch erreicht jene Tiefen, welche oft verwundet sind und die eines heilenden Verbandes bedürfen. Diese bergende Umhüllung ist aber keine Sache, sondern eine lebendige Seele, das heißt letztlich ein Mensch oder – und das ist die großartige Chance des Christen – der lebendige Gott selber.

Dies führt uns zum Schlußgedanken. Geborgenheit ist nur möglich in einem bergenden Du, das mich versteht, begreift und mir hilft, das jemeinige Lebensideal zu verwirklichen. Wer diesem Du begegnet, kann nie einsam sein. Wir Christen haben die große Chance, dem lebendigen Gott tagtäglich im sakramentalen Leben begegnen zu können; wir dürfen und sollten uns nie einsam fühlen. Die religiöse Verankerung ist somit eines der wichtigsten Anliegen des Menschen in der Stadt. Des ungeachtet aber bleibt es bestehen, daß das Zwischenglied der menschlichen Kontakte unentbehrlich ist. Möglichkeiten dazu zu sehen und zu schaffen, die über diese Anregungen hinausgehen, möge der einzelne selber überlegen. Dieser Wunsch geht vor allem auch an die Stadtplaner und Architekten. Wäre es nicht endlich an der Zeit, rein baulich jene Voraussetzungen zu schaffen, die auch in der Stadt echte Gemeinschaftsbildung begünstigen könnten...? *Adelhelm Bünter*

Entmythologisierte Sowjetwirklichkeit

Die letzte Nummer der angesehenen amerikanischen Zeitschrift «Foreign Affairs» bringt unter dem Titel *Sovjet Myths and Realities* einen sehr klugen Artikel über die westlichen Fehlbeurteilungen der sowjetischen Wirklichkeit. Der Verfasser ist *Philip E. Mosely*, Direktor von «Council on Foreign Relations» und erfahrener Sachberater der amerikanischen Regierung auf dem Gebiet der Sowjetpolitik¹. Eine nüchterne, kühle und entschlossene Haltung drückt sich in dieser Studie aus, deren Grundgedanken wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Besonders seit Stalins Tod haben Mythomane, Leute, die sich durch Geheimniswühlerei interessant machen wollen, ihre Tätigkeit mit Vorliebe auf die Deutung der Vorgänge in der Sowjetunion konzentriert. Es gelang ihnen, einige Mythen über die Sowjets zum Allgemeingut der politisierenden Massen des Westens zu machen. Diese Mythen möchte jetzt Mosely durch eine genaue Bestandsaufnahme zerstören.

1. Der erste «Sowjetmythos» wird gelegentlich folgendermaßen formuliert: Chruschtschow steht in einem unbittlichen Kampf mit den stalinistischen Elementen innerhalb seines eigenen Machtapparates. In angeblich vertraulichen Gesprächen wird heute von sowjetischen Diplomaten öfters angedeutet, Chruschtschows Macht stehe keineswegs auf sicheren Füßen. Es würde im Interesse des Westens liegen, ihm einige Konzessionen zu machen. Durch konkrete Zugeständnisse könnte der Westen das politische Überleben eines «kooperativen» Chruschtschow sichern und eine allfällige Machtergreifung durch einen (ungenannten aber mutmaßlich militanteren) Rivalen verhindern. Freilich ist es unbestreitbar, daß die Sowjetunion nach Stalins Tod durch einen unbarmherzigen Nachfolgekampf erschüttert wurde. Die Liquidierung Berias, die Absetzung Malen-

kows im Januar 1955, die Entlassung Molotows, Malenkows und Kaganowitschs im Juni 1957 und der Sturz Schukows im Oktober 1957 waren die wichtigsten Etappen dieses unbittlichen Machtkampfes. Nach seinem Sieg hat Chruschtschow den Stil der sowjetischen Administration merklich geändert. Wichtigen Entscheidungen gehen heute oft freimütige und detaillierte Diskussionen voraus. Zum neuen leninistisch geprägten Stil gehört auch die von Chruschtschow vorgenommene Verteilung der Verantwortlichkeiten. Er bestimmt heute nur die großen Linien seiner Politik und überläßt die Einzelfragen der Ausführung seinen hauptsächlich Mitarbeitern.

Es wäre aber sicher falsch, ja direkt gefährlich, aus der Tatsache einer notwendig gewordenen Arbeitsteilung und aus der Delegierung zweitrangiger Verantwortlichkeiten darauf zu schließen, daß Chruschtschow die Hebel der Macht sich aus den Händen nehmen ließ. Seine Willenskraft und seine lange politische Erfahrung darf nicht derart unterschätzt werden. Es gibt keinen überzeugenden Beweis dafür, daß seine Entscheidungen durch irgendeine Gruppe außerhalb seiner Kontrolle beeinflußt wären. Er besitzt die Macht, gleich Stalin, die Mitglieder des Parteipräsidiums, des Ministerrates und des Zentralsekretariates der Partei einzusetzen oder zu entfernen. Die wichtigsten Verfügungen werden aber in der Sowjetunion von diesen drei Gremien bestimmt. «Als in der Vergangenheit unter den Exponenten der Kremlhierarchie wirkliche Machtkämpfe ausgefochten wurden, blieben die Sowjetdiplomaten im Ausland bei jeder Erwähnung dieses gefährlichen Themas sehr zurückhaltend. Sie sind gleichsam auf Zehenspitzen herumgegangen, haben die Privatgespräche streng vermieden und jedes Zeichen der Uneinigkeit in der Heimat abgestritten. Die neue sowjetische Flüsterkampagne ist darauf abgestimmt, die Westmächte zu einseitigen Zugeständnissen zu bewegen. Sie kann sicherlich nicht als ein (übrigens völlig präzedenzloser) Verzicht auf die strenge sowjetische Geheimhaltung gewertet werden. Die Wendigkeit dieser neuen Taktik ist ein Zeichen, so glaube ich wenigstens, der Stabilität und der großen Selbstsicherheit. Nur ein sehr starker und zuversichtlicher Sowjetführer kann es sich erlauben, aus dem selbstgeförderten Gerücht der inneren politischen Verwundbarkeit Kapital für seine Außenpolitik zu schlagen» (S. 344).

2. Der zweite Mythos über die Sowjets besteht in der Annahme, die Sowjetgesellschaft sei seit Stalins Tod in einer steten Entwicklung zur vollen Freiheit der Person, der Meinungsäußerung, ja sogar der aktiven politischen Betätigung begriffen. Wir geben freilich bereitwillig zu, daß der Sowjetmensch heute das Gefühl einer größeren personalen Sicherheit haben kann. Er muß nicht mehr befürchten, eines Tages spurlos zu verschwinden oder von einer völlig parteiischen Rechtsprechung verurteilt zu werden. Die Rechtsreformen der zwei letzten Jahre haben die Funktionen der Untersuchung, der Anklage und der Rechtsprechung weitgehend getrennt. Auf die Dauer kann sich nämlich kein Staat erlauben, ein System der Wehrlosigkeit aufrechtzuerhalten. Die Angst vor einer unvorhergesehenen Strafe fördert die Verantwortungslosigkeit, erzeugt eine stumpfe Apathie im Volk und verführt die Beamtschaft zur Korruption. Trotz seinen Fehlern stellt das neue Rechtssystem dem stalinistischen Terror gegenüber einen bedeutenden Fortschritt dar.

Gleichzeitig muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Richter zur unablässigen «Wachsamkeit» gegen die Feinde der sozialistischen Gesellschaft aufgerufen werden. Heute noch tagen geheime Armeegerichte. Verteidiger wurden schon öfters wegen Übereifer bestraft. Die Geheimpolizei sammelt immer noch Informationen, die gegebenenfalls gegen den unachtsamen Sowjetbürger verwendet werden können. Der spürbare Druck des Polizeiapparates hat zwar nachgelassen, nicht aber seine Wachsamkeit. Chruschtschow hat dazu noch

¹ *Foreign Affairs. An American Quarterly Review*, April 1961, S. 341–354. – Philip E. Mosely bekleidete früher das Amt des Direktors des «Russischen Institutes» an der Columbia-Universität und war als Rußlandspezialist Berater der USA-Delegation an der Moskauer- (1943) und Potsdamer-Konferenz (1945), sowie an den Beratungen der Außenminister in Paris (1945–46).

eine neue Methode der Unterdrückung eingeführt: «Durch eine Abstimmung der Nachbarschaft oder durch einen Beschluß der von Parteimitgliedern beherrschten Wohnblockversammlungen kann jedes ‚unproduktive‘ Glied der Gemeinschaft verpflichtet werden, seinen Niederlassungsort zu verlassen und sich außerhalb eines Umkreises von hundert Kilometern neu anzusiedeln. Während der vergangenen Monate wurde die Anwendung dieser Form der sozialistischen ‚Wachsamkeit‘ in Zeitungsartikeln und Leserzuschriften immer öfters gefordert. Allem Anschein nach soll dieses ‚Exil durch Volksabstimmung‘ die fehlenden strafrechtlichen Bestimmungen ersetzen und über sozial ‚unerwünschte Elemente‘ die ständige Bedrohung des Ostrazismus aufrechterhalten» (S. 346).

3. Der dritte Mythos über die innere Entwicklung der Sowjets behauptet, eine dauernde, wenn auch unauffällige Hebung des sowjetischen Lebensstandards werde untrüglich zu einer Erschütterung der Sowjetdiktatur führen. Mit der Erfüllung seiner Wünsche nach größerem Wohlstand werde der Sowjetmensch auch höhere Freiheitsansprüche stellen. Es steht außer Zweifel, daß das Sowjetvolk heute, nach langen Jahrzehnten der Entbehrung und nach einem zerstörerischen Krieg, günstigere Lebensbedingungen kennt. Seit 1953 verbesserte sich seine Versorgung. Zwar stehen die Lebensmittelpreise heute noch keineswegs mit dem Durchschnittseinkommen in Einklang, doch sind die Läden bereits gut gefüllt und das endlose Schlängestehen hat fast überall aufgehört. Der Wohnungsbau macht erstaunlich schnelle Fortschritte. Den Pensionierten wird seit 1956 ein verhältnismäßig adäquates Grundeinkommen gesichert. Die Erhöhung des Mindesteinkommens auf dreißig neue Rubel hat die Kaufkraft eines Drittels der städtischen Bevölkerung wesentlich verstärkt. Die Bauernschaft hat wiederum Bargeld in der Hand und kann sich sogar einige Luxusartikel leisten.

Aus all dem darf man indes nicht darauf schließen, daß die Sowjetbevölkerung in irgendeiner Weise der kommunistischen Partei entfremdet wurde. Eines der handgreiflichsten Ergebnisse der Erhöhung des Lebensstandards ist im Gegenteil die unerhörte Popularität Chruschtschows in allen Schichten des Sowjetvolkes. «Nach persönlicher Beobachtung zahlreicher Besucher erweckt die Steigerung des Lebensniveaus ein neues Vertrauen in die Parteipropaganda. Chruschtschow kann so neue Energien des Sowjetvolkes für seine innen- und außenpolitischen Zwecke mobilisieren» (S. 349).

4. Der vierte «Sowjetmythos» besagt: Die rasche Verbreitung der höheren Schulung müsse im Sowjetvolk zum unabhängigen Denken und zur kritischen Urteilsbildung führen, die früher oder später die ideologische Kontrolle der Partei sprengen werden. Das Sowjetsystem schaufele durch die Förderung der höheren Bildung sein eigenes Grab. Es gibt zweifellos einige Zeichen der wachsenden Selbständigkeit im Denken und Urteilen bei der jungen Studentengeneration. Viele Studenten wurden in ihren kommunistischen Überzeugungen – wenigstens in Moskau und in Leningrad – 1956 durch die

Ereignisse in Budapest erschüttert. Freiere Geistesströmungen innerhalb des Marxismus (zum Beispiel in Polen) finden großen Anklang in der sowjetischen Studentenschaft. Eine tödliche Langeweile verbreitet sich über die Hörsäle während der ideologischen Schulung. Die Suche nach personaler Meinungsbildung, nach sachgerechter Beurteilung der Vorgänge und nach denkerischer Ehrlichkeit ist so tief im menschlichen Geist verwurzelt, daß es keiner Unterdrückung je gelingen wird, sie für immer auszurotten.

Doch steht die Kommunistische Partei dieser Entwicklung nicht unerfahren gegenüber. Die ideologische Kontrolle der Partei bleibt streng. Die Studenten werden ständig auf ihre ideologische Zuverlässigkeit hin geprüft. Einflußreiche Positionen stehen nur für «rechtdenkende» junge Männer offen. Nach der von Chruschtschow 1958 entworfenen Neuordnung der höheren Studien müssen die Studenten (vor allem diejenigen, die sich mit ideologisch «empfindsamen» Fächern beschäftigen) für zwei Jahre in den «Produktionsprozeß» zurückgeschaltet werden. Am Ende dieser Probejahre müssen sie von den lokalen Behörden eine «politische Empfehlung» mitbringen. Eine der wirksamsten Methoden der ideologischen Kontrolle ist heute wie immer die methodische Abriegelung des Sowjetvolkes ausländischen Informationen gegenüber. Der Sowjetstudent kennt alle Mängel der westlichen Demokratien, aber es fehlt ihm jegliche Vergleichsmöglichkeit auf dem Gebiet der positiven Errungenschaften. Daraus erhellt, warum selbst ein hochgebildeter Sowjetmensch noch heute mit geradezu rührender Naivität an die moralische, kulturelle und vor allem technische Überlegenheit des Sowjetsystems glaubt. Dazu kommt noch ein gewisser Konformismus als Grundzug der sowjetischen Studentenschaft. Mit Ausnahme einiger seltener Ausbrüche der Empörung, wie zum Beispiel im Fall Pasternak, hält sich der Sowjetstudent erstaunlich genau an die offiziell anerkannten Wertungen. Er ist willens, den Sowjets mit seinen besten Kräften zu dienen. Diese Bereitschaft wird bei ihm durch einen, gelegentlich in Arroganz entartenden, nationalen Stolz genährt.

*

«Es wäre vielleicht tröstlicher gewesen, wenn wir aus unserer Analyse der vergangenen und zukünftigen Entwicklung des Sowjetsystems jene hoffnungsvolle Schlußfolgerung hätten ziehen können, daß die Sowjetgesellschaft bereits Keime eines unabwendbaren Umbruchs in sich trägt. Dann hätten wir die Hände ruhig in den Schoß legen, die Steuersätze verringern, den dritten Wagen kaufen und seelenruhig darauf warten können, daß sich die große Wendung in der ‚Fülle der Zeiten des lieben Gottes‘ von sich aus vollzieht. Leider sind die Aussichten nicht so rosig ... Falls sich keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten melden, werden die rasch wachsenden ökonomischen, wissenschaftlichen und militärischen Kräfte des Sowjetvolkes die sowjetische Führung befähigen, mit bedeutenderem Einsatz und mit größerer politischer Entschlossenheit jene Ziele zu verfolgen, die von Lenin, Stalin und Chruschtschow immer deutlicher vorausbestimmt wurden» (S. 354).

Studenten und Film

Eine Untersuchung an den Schweizerischen Universitäten und Hochschulen, von Stefan Bamberger, 135 Seiten, Preis 4.80.

«Die Ergebnisse seiner peinlich genauen und auch konfessionell untadeligen Auswertung» (Evangelischer Pressedienst «Kirche und Film», Deutschland).

«... eine sehr beachtliche Neuerscheinung» («Der Tag», Berlin).

Beide Veröffentlichungen sind zu beziehen bei der Redaktion des «Filmberater», Scheideggstraße 45, Zürich 2 (Tel. 051 27 26 12).

Film-Bildungsmappe kath. Filmarbeit

Herausgegeben von der Redaktion des «Filmberater», zusammengestellt und bearbeitet von Stefan Bamberger. 121 Seiten.

Die Auflage 1960 der außerordentlich reich dokumentierten Bildungsmappe. Einzelpreis Fr. 5.-, ab 10 Exemplaren 10 Prozent Rabatt.

DIE SCHWEIZ IN DEN WIRREN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Die Frage der europäischen Integration und die Stellung der Schweiz in ihr scheint uns von entscheidender Bedeutung für unsere Zukunft. Mit dem folgenden Beitrag eines Autors, der von der Wirtschaft kommt, möchten wir ein auf Sachkenntnis gegründetes Gespräch bei unseren Lesern in Gang bringen, ohne uns mit dieser oder jener Stellungnahme zu identifizieren.

d. R.

Actio - reactio

Die kürzlich in Genf versammelte Ministerkonferenz der EFTA beschloß, den internen Zollabbau in der EFTA (EUROPEAN FREE TRADE AREA)¹ ebenfalls zu beschleunigen und per 1. 7. 1961 auf 30 % zu bringen. Dieser Beschluß ist für die gegenwärtige europäische Integrationskrise in zweierlei Hinsicht symptomatisch:

1. Formell stellt dieser Beschluß eine Reaktion auf das analoge Vorgehen der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)² dar, der inzwischen am 1. 1. 1961 bereits in Kraft getreten ist. Schon die Gründung der EWG zog als actio die Errichtung der EFTA als reactio durch die europäischen Länder nach sich, die aus politischen und wirtschaftspolitischen Gründen dem Europa der Sechs nicht beitreten konnten. Actio - reactio kann man auch die seitherige Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Blöcken überschreiben; ein Rhythmus, der nicht nur tragisch ist, sondern der auch den Keim gefährlicher außenpolitischer Schwierigkeiten in sich birgt.

2. Materiell bringt dieser Beschluß eine spürbare Verschärfung der Zoll disparitäten zwischen den beiden Blöcken mit sich. Denn ab 1. 7. 61 wird der blockinterne Warenverkehr beiderseits eine um 30 % niedrigere Zollbelastung aufweisen als der Handel zwischen den beiden Gruppierungen. Diese Maßnahme stellt demzufolge einen Schnitt in die bis anhin sehr intensiven innereuropäischen Handelsströme dar. Gleichzeitig fördert er das inzuchtartige Binnenmarktdenken innerhalb der neuen Wirtschaftsräume.

Diese forcierte nachbarliche Belästigung unter Staaten, die nach Kriegsende unter sich einen enorm intensiven Handelsaustausch zum gegenseitigen Nutzen aufgebaut haben, muß auf die Dauer auch das mühsam aufgebaute Klima europäischer Solidarität abkühlen und Zug um Zug auch das außenpolitische Verhältnis trüben - zur Freude der östlichen Machtglomerations und zum Schaden der säkularen Aufgaben des Westens in den Entwicklungsländern. Das sind die ungeschminkten Perspektiven für den Fall, daß der aktuellen planmäßigen Abbruchpolitik schließlich nicht doch wieder eine gemeinsame actio folgen sollte.

Wie konnte es dazu kommen?

Dazu ist es vielleicht gut, etwas zurückzublätern.

Die OECE als erste Integrationsstufe

Der Zweite Weltkrieg hinterließ ein Europa, das als Ganzes und an seinen Teilen schwerste Schäden aufwies. In den vom Krieg betroffenen Ländern lagen Handel und Industrie darnieder; Währungen und Finanzen waren zerrüttet. Mit devisenpolitischer Orthopädie und strengem Bilateralismus gelang es langsam einen, wenn auch minimalen Güteraustausch wiederum in die Wege zu leiten.

Als sich im Verlaufe der internationalen Nachkriegspolitik in der westöstlichen Kriegspartei schwere Risse abzeichneten, erkannten die USA die Notwendigkeit, dem virulent expan-

siven Ostblock ein geeintes Europa entgegenzusetzen. Es war eine historische Tat, als die Neue Welt in der Folge dem siechen Europa unter dem Titel des Marshallplanes³ die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nötigen Kredite zur Verfügung stellte. Und das unter Inkaufnahme einer harten und noch nicht einmal heute völlig abgebauten Dollardiskriminierung. Mit der Entgegennahme dieser Unterstützung übernahmen die Empfänger aber gleichzeitig auch die Auflage, sich wirtschaftlich zu einigen. Diesem heilsamen und wohl unerläßlichen Druck ist es zu verdanken, daß sich 1948 17 europäische Staaten - darunter auch die Schweiz - zur ORGANISATION EUROPEENNE DE COOPERATION ECONOMIQUE (OECE)⁴ zusammenschlossen. Sie gelobten sich, auf Ebene der Kooperation und Koordination die Handelshemmnisse in Europa zu beseitigen, um dadurch den Wohlstand aller Beteiligten zu fördern.

Erstes Hindernis des innereuropäischen Handels waren damals die Warenkontingente. Mit Hilfe des fortlaufend erweiterten und für alle Mitgliedstaaten verbindlichen Liberalisierungskodex⁵ gelang es, den kontingentierten Bereich innert weniger Jahre stark einzuschränken.⁶ Parallel dazu mußte natürlich auch der Zahlungsverkehr seiner Fesseln entledigt werden. Zu diesem Zweck wurde die EUROPÄISCHE ZAHLUNGSUNION (EZU)⁷ gegründet. Hier erfolgte jeweils am Schluß der Rechnungsperiode in multilateralem Rahmen und unter beschränkter Kreditierung eine Verrechnung der aufgelaufenen Salden. Die praktische und enorm wichtige Konsequenz dieses Instrumentes war die innereuropäische (beschränkte) Konvertibilität der Währungen der OECE-Länder.

Unter dem Regime der OECE erlebte die europäische Wirtschaft einen fast unwahrscheinlichen Aufschwung. Zwei Daten sind geeignet, dies zu veranschaulichen. Der innereuropäische Handel - Ausdruck einer echten europäischen Integration - stieg von 7,632 Mio Dollar im Jahre 1948 auf 22,885 Mio Dollar im Jahre 1959. Die europäischen Währungsreserven erhöhten sich von 10,098 Mio Dollar im Jahre 1950 auf 20,705 Mio Dollar im Jahre 1959.

Es verdient festgehalten zu werden, daß dieses Ergebnis ohne supranationalen Superstaat, sondern unter Aufrechterhaltung der Souveränität der Mitgliedstaaten, d. h. auf dem Wege föderativer Kooperation⁸ erzielt wurde.

Die politisch motivierte Integration der Sechs

Die eindrucksvollen Machtverschiebungen der Nachkriegsjahre zugunsten des expansiven Ostblocks brachten euro-

³ Public Law 472 vom 3. 4. 1948: European Recovery Program (ERP) (Europäisches Wiederaufbauprogramm); nach seinem Initiator als «Marshallplan» bezeichnet.

⁴ Pariser Abkommen über die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit nebst Schlußakte vom 16. 4. 1948.

⁵ Code de la Libération der OECE vom 18. 8. 1950, in der heutigen Fassung vom 4. 12. 1959.

⁶ Nicht ohne ernste Friktionen: Namentlich Frankreich saß wiederholt auf der Anklagebank, weil es den Liberalisierungssatz nicht einhalten zu können glaubt. Die Begründung der französischen Politik stieß dabei gelegentlich auf heftige Kritik von Ländern, die nicht zu den Weltmächten zählen. Der dadurch verletzte Stolz ist vielleicht eine Erklärung für den Eifer, den Frankreich bei der Beerdigung der OECE (vgl. unten) an den Tag legte.

⁷ EZU = Europäische Zahlungsunion (Accord Monétaire Européen) - Abkommen von Paris über die Gründung einer Europäischen Zahlungsunion nebst Protokoll über die vorläufige Anwendung des Abkommens vom 19. 9. 1950.

⁸ In der OECE wog die Stimmkraft aller Mitglieder gleichviel, im Gegensatz zu den Verhältnissen in der EWG (vgl. Vertrag über den Gemeinsamen Markt, Art. 148). Das Kräfteverhältnis in der OECE wies daher gewisse Parallelen mit dem in unserem Ständestaat auf.

¹ Mitglieder: Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz.

² Mitglieder: Benelux-Staaten, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien.

päische Staatsmänner zur Überzeugung, «Europa» müsse – über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der OECE hinaus – politisch straffer organisiert werden. Diese Idee fand ein starkes und breites Echo, das sich bis zum «Mythos» verstärkte. Wir sagen hier bewußt «Mythos», denn von den vielen, die sich der Europabewegung verschrieben haben, ist der Europagedanke wohl nur wenigen mehr als eine Abstraktion, und nur wenige werden sagen können, sie hätten diesen Begriff an der Vielfalt der tatsächlichen Probleme, die sich unserem Kontinent und seinen Ländern stellen, praktisch gemessen. Das ist eigentlich auch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß – zumindest sehr lange – der Europagedanke selbst auf höchster Ebene bewußt der individuellen Interpretation überlassen wurde.

Erkennbar sind immerhin etwa folgende Grundzüge:

- ▶ Die politischen Kräfte Europas zusammenzufassen, um damit als «third power» weltpolitisches Mitspracherecht verlangen zu können.
- ▶ Die historische Antithese zwischen Deutschland und Frankreich endgültig und für alle späteren Generationen verbindlich zu schließen.
- ▶ Die Bundesrepublik in der westlichen Allianz definitiv zu verankern; unwiderruflich selbst für den Fall eines allfälligen späteren Regimewechsels.

Eine so weitschichtige und in ihren politischen Konsequenzen kaum abzuschätzende Zielsetzung im politischen Direktgang durchzusetzen, traute sich wohl mit Recht niemand zu. Es mußte daher eine attraktive Startgrundlage gefunden werden. Zuerst glaubte man, sie in der Idee einer gemeinsamen europäischen Verteidigung gefunden zu haben. Aber 1954 scheiterte das Projekt der europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) am französischen Widerstand. Die Suche nach einem Ausweg aus dem Scherbenhaufen führte schließlich zum Plan, das Integrationsprojekt in Weiterentwicklung der Montanunion⁹, d. h. auf wirtschaftlicher Grundlage zu verwirklichen. Anlässlich der Messinakonferenz¹⁰, an der Deutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten durch ihre Außenminister vertreten waren, an der Großbritannien aber fatalerweise fehlte, beschloß man sodann «die Schaffung eines vereinigten Europas durch Weiterentwicklung gemeinsamer Institutionen, durch die schrittweise Fusion der nationalen Wirtschaften, durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und durch die schrittweise Harmonisierung der Sozialpolitik.»¹¹ In den am 25. März 1957 unterzeichneten Römer-Verträgen wurde dieses Projekt sodann vertraglich fixiert.

Der praktische und attraktive Kern der EWG liegt damit in der von den Politikern zur Erreichung politischer Ziele geschaffenen Zollunion. Parallel zum internen Abbau der Zölle wird im Verhältnis gegenüber allen andern Staaten, die nicht Mitglied der Gemeinschaft sind, ein gemeinsamer Außentarif in Kraft gesetzt. Dessen Ansätze beruhen laut offizieller Version¹² auf dem arithmetischen Mittel der Zölle der Vertragsstaaten. Mit der Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die zentralstaatlich übergeordnete und institutionell dotierte¹³ Gemeinschaft betraut. Ihr sollen die Vertragsstaaten sukzessive einen wesentlichen Teil ihrer Souveränitätsrechte abtreten.

⁹ Datum des Vertrages: 18. April 1951 (Paris).

¹⁰ Datum: 1. und 2. Juni 1955.

¹¹ Résolution adoptée par les Ministres des Affaires Etrangères des Etats Membres de la C. E. C. A., réunis à Messine les 1 et 2 juin 1955 (vgl. Chronique de politique étrangère, Bd. XII, No. 5–6, 1959 – Institut Royal des relations internationales, Bruxelles).

¹² Angefochten vgl. nächste Nummer.

¹³ Die EWG hat folgende Organe: Versammlung (Vertrag Ziff. 137 ff.), Rat (Ziff. 145 ff.), Kommission Exekutive (Ziff. 155 ff.) und Gerichtshof (Ziff. 164 ff.).

Die weitere Entwicklung der EWG

Die seitherige Entwicklung der EWG und ihrer Beziehungen nach außen verlief vermutlich nicht ganz so harmonisch und zielgerichtet, wie es sich ihre geistigen Väter vorgestellt haben mögen. Das Bild ist eher diffus und – nicht zuletzt – wohl auch etwas weniger von Idealen durchsetzt.

Die wirtschaftliche Entwicklung

Die Verwirklichung der wirtschaftlichen Zielsetzung berührt das Innen- und das Außenverhältnis der EWG.

Im Innenverhältnis wurde der Zollabbau energisch an die Hand genommen und zur «Stärkung» der Gemeinschaft sogar noch beschleunigt. Das hat – offen gestanden – den Außenstehenden beeindruckt. Denn bis anhin hatte man doch eher Anlaß, mit einer reservierten Haltung der von Hause aus protektionistisch veranlagten Franzosen und Italiener zu rechnen. Das verschärfte Tempo des Zollabbaues wird zweifellos die Umgestaltung der innereuropäischen Handelsströme forcieren, das blockweise Inzuchtdenken fördern und damit die Partner enger aneinander ketten.

Im Außenverhältnis wird diese Maßnahme indes – ebenso beschleunigt – die bis anhin namentlich zu den andern europäischen Staaten so intensiven Handelsbeziehungen beeinträchtigen, indem deren Exporte behindert werden. Obwohl eines der Hauptziele der Hallstein-Kommission, nämlich die Sprengung der EFTA, unerreicht blieb, ist das doch sehr bedauerlich:

▶ Schon im Februar 1956 haben die Schweiz und andere europäische Staaten auf die Gefahren hingewiesen, die sich bei der allfälligen Gründung einer Zollunion unter den Sechs für die gesamteuropäische Wirtschaftszusammenarbeit ergeben könnten. Die EWG-Staaten gaben hierauf die beruhigende und feierliche Erklärung ab, daß den andern OECE-Staaten aus dem Vertrag von Rom keine wirtschaftlichen Nachteile erwachsen würden. Man stellte die Gründung einer multilateralen europäischen Assoziation in Aussicht, die – ohne die politische Substanz der EWG zu beeinträchtigen – eine wirtschaftliche Schädigung der übrigen europäischen und bisher in der OECE zusammengeschlossenen Staaten verhindern werde. In mehreren einstimmig gefaßten Beschlüssen bekundeten die in der OECE vertretenen Staaten sodann den festen Willen, die EWG-Zollunion in eine europäische Assoziation, und zwar vornehmlich in eine Freihandelszone einzugliedern¹⁴. Noch im November 1958 äußerten der deutsche und der französische Regierungschef¹⁵ ihre Absicht, eine multilaterale Assoziation zu schaffen. Einen analogen Beschluß faßte auch der EWG-Ministerrat in seiner Sitzung vom 3. 12. 58. Das alles hinderte Frankreich nicht daran, die Verhandlungen über die Schaffung einer Freihandelszone als einer wirklich europäischen Lösung Ende 1958 durch sein Veto zu sabotieren. Wir sagen das nicht der Polemik willen. Aber wenn man schon gelegentlich das Wort von der «christlich-demokratischen EWG» hört, dürfte es vielleicht nicht schaden, an diese von christlich-demokratischen Staatsmännern abgegebenen, aber nichtsdestoweniger bis heute ungelösten Versprechungen zu erinnern.

▶ Der beschleunigte Zollabbau forciert das Auseinanderleben der beiden Blöcke und vertieft den dazwischen entstehenden Graben. Das wird den Brückenschlag erschweren. Überdies wird die Situation noch dadurch akzentuiert, daß auch auf «pragmatischer» Ebene die bisher so oft verkündete These von der liberalen Außenhandelspolitik der EWG noch durch keine einzige praktische Tat erhärtet wurde. Man hat eher den Eindruck, daß die in Frankreich und Italien domizilierten protektionistischen Kräfte es unter Aus-

¹⁴ Beschlüsse vom Juli 1956, Februar 1957 und Oktober 1957.

¹⁵ Datum: Gespräch von Bad Kreuznach vom 26. 11. 1958.

nutzung der zumeist erforderlichen Einstimmigkeit fertig gebracht haben, der Außenhandelspolitik der Gemeinschaft ihren Stempel aufzudrücken. Das zeigte sich schon im vergangenen Jahr, als die EFTA der EWG ohne Erfolg die beidseitige Ausdehnung des intern gewährten 20 % Zollabbaues zugunsten der ganzen Welt vorschlug. Auch der Verlauf der zurzeit in Genf stattfindenden Kompensationsverhandlungen im Rahmen des GATT bestätigt diese Vermutung. Um die Verpflichtungen aus dem GATT-Statut einzuhalten, müßte die EWG dabei Konzessionen anbieten, um die bei der schrittweisen Einführung des EWG-Außentariifs zurückgezogenen und von den EWG-Mitgliedstaaten früher eingeräumten Konzessionen auszugleichen. Trotz intensiver Bemühungen der Benelux-Staaten und Deutschlands wußte Frankreich die Begleichung dieser Kompensationsschuld durch sein Veto wenigstens bis anhin zu verhindern.¹⁶

Die politische Entwicklung

Ein für die politische Entwicklung der EWG sehr wichtiges Ereignis war die Wahl *de Gaulles* zum Präsidenten der französischen Republik. Die Befürchtungen, diese konservative und stark national orientierte Persönlichkeit werde den EWG-Vertrag nicht einhalten, erwiesen sich zwar als unbegründet. Hingegen hat de Gaulle die EWG und ihre Politik im Sinne einer Umgestaltung nachhaltig beeinflußt:

► Der dem Vertrag zugrunde gelegte Europagedanke war nicht das Ergebnis präziser Überlegungen. Es handelte sich vielmehr um einen etwas schillernden Oberbegriff, der für den Moment divergierende politische Anschauungen um den Preis einer gewissen Privatinterpretation zusammenklammerte. Eine Richtung der EWG-Politik erhoffte sich davon die Grundlage für eine Staatenverbindung im Sinne eines übernationalen Bundesstaates. Dem trat de Gaulle entgegen. Als Ausdruck seiner gegensätzlichen Konzeption prägte er das Bonmot «Europe des patries» und lehnte es bis heute ab, dem zentralen Überbau in Brüssel mehr als eine verwaltungstechnische Funktion zuzuerkennen. Eine Klärung dieser sehr wesentlichen und grundlegenden Fragen ergab sich bis heute noch nicht.

► Die Wahl de Gaulles hat sodann die Kräftekonstellation in der EWG entscheidend beeinflußt, indem sich sehr bald eine führende Achse Paris – Bonn herauskristallisierte. Dabei überließ Bonn die Dominante offensichtlich de Gaulle; eine Folge der deutschen Frankreichpolitik. Diese verfolgt nicht nur das Ziel, mit Frankreich unter keinen Umständen ernste Differenzen aufkommen zu lassen; sie will ebensoschr Paris verpflichten, insbesondere die deutsche Wiedervereinigungs- und Berlinpolitik vorbehaltlos zu unterstützen.

► Diese dominierende Stellung erlaubte es de Gaulle auch, die

¹⁶ Eindrücklicher könnte die starke Position Frankreichs in der EWG kaum vor Augen geführt werden. Eine beängstigende Perspektive für die Gestaltung der künftigen Außenhandelspolitik der EWG: Ausdehnung des bisher auf Frankreich beschränkten Protektionismus auf einen wesentlichen Teil Europas.

Deutschland und Polen

Ein «guter Polenkenner» mit einem polnischen Namen belehrte uns dieser Tage, daß die polnische Kirche in der tödlichen Gefahr eines Massenabfalls sei, daß sie in der vorkommunistischen Zeit in einer Welt gelebt hätte, die überholt gewesen sei und gegen-, ja vorreformatorische Züge getragen habe, daß die kirchliche Frömmigkeit magisch gefärbt war, der Klerus eine privilegierte Stellung gehabt und die Kirche selbst sich weitgehend mit der Nation identifiziert habe. Es sei fraglich, ob sich die Polen ihrer selbst und ihrer Sendung im XX. Jahr-

Einstellung der außenpolitischen Tätigkeit der EWG-Exekutive durchzusetzen. Parallel zu dieser schwerwiegenden Reduktion der politischen Substanz der EWG verlangte er die Errichtung eines politischen Sekretariates der Sechs in Paris. In diesem Moment zog der deutsche Bundeskanzler aber plötzlich gewissermaßen die Notbremse. Er lud den britischen Premierminister *Macmillan* zu politischen Konsultationen nach Bonn ein und warf damit die deutsch-britische Achse in die Waagschale – ob aus Überdruß ob dem an alte kontinentale Hegemoniepläne erinnernden Machtstreben Frankreichs, oder ob aus Sorge um den Bestand der gefährdeten NATO bleibe dahingestellt. Der dabei erreichte status quo überlebte inzwischen auch die jüngste Pariser Konferenz, wo nach scharfen Auseinandersetzungen auf periodische Konsultationen der Außen- und Verteidigungsminister der EWG als ständige Einrichtung verzichtet wurde.

Der außenstehende Beobachter kann aus dieser Entwicklung folgende Schlüsse ziehen:

1. «Europapolitik» als Abstraktion gibt es in der Praxis nicht. Die das ganze freie Europa berührenden Probleme sind sehr praktischer Art: Gemeinsamer Nenner für eine Politik in der UNO, im GATT, gegenüber Afrika oder den Entwicklungsländern im allgemeinen; Verteidigung Europas usw. Eine gemeinsame Linie in diesen Fragen läßt sich nicht mittels technokratischer Institutionen quasi auf dem Reißbrett konstruieren, sondern nur über den konsequenten und geduldigen Aufbau einer kontinentalen (und das Vereinigte Königreich mitumfassenden europäischen) Solidarität mühsam erarbeiten. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die EWG diese Probleme bis anhin nicht zu lösen vermochte. Im Gegenteil: zufolge ihrer Beschränkung auf einen Teil Europas, verbunden mit einer drastischen wirtschaftlichen Schädigung der übrigen europäischen Nationen streut sie vielmehr die gefährliche Saat innereuropäischer politischer Konflikte. Und statt einer Stärkung Europas – im Sinne der Gründer der EWG – stehen wir heute vor der Tatsache, daß selbst bewährte Institutionen wie die NATO Gefahr laufen, in die Brüche zu gehen.

2. Im Gefolge der unvermeidlichen Differenzen über das Wesen der staatsrechtlichen Konzeption der EWG hat die Gemeinschaft ihre ursprüngliche politische Substanz wiederum an ihre nationalen politischen Partner zurückgeben müssen. Was übrig bleibt, ist eine mächtige wirtschaftliche Präferenzzone, als Basis für kontinentale Gleichgewichtsübungen – beinahe im alten Stil.

3. Die Perspektiven für die künftige Entwicklung sind heute unbestimmter denn je. Sie wird von der inside- und outside-Achsenpolitik der Großen einerseits und deren Verhältnis namentlich zu Großbritannien andererseits abhängen, und im übrigen die amerikanische Außenpolitik mitberücksichtigen müssen.

Die politisch motivierte Integration der Sechs ist daher durch die wirtschaftliche Desintegration Europas erkauft. (Ein zweiter Teil folgt.)

Dr. Kurt Reichlin

hundert bewußt seien. Auf alle Fälle diene man mehr der Politik des Ostblocks als der Sache der Kirche, wenn man solche Reden führe wie Kardinal Wyszynski gegenüber der Bundesrepublik und dem Bundeskanzler.

Ich legte diese katholische Agenturmeldung auf die Seite. Warum erinnerte ich mich da plötzlich an jenen deutschen, katholischen Senator in Oberschlesien, der damals, während der für Oberschlesien entscheidenden Wahlen, in Kattowitz in einer großen Versammlung den Polen entgegendonnerte: «werdet erst einmal wahrhafte Katholiken ...!» und der dann später sein *mea culpa, mea maxima culpa* erlebte und auf die Seite jener

trat, die den Polen Gerechtigkeit widerfahren ließen? War es der altbekannte Ton, mit dem man von diesem tief katholischen Volk stets zu sprechen beliebte? Ich weiß es nicht. Ich weiß auch nicht, warum und mit welchem Recht man sich bemüht, den Katholiken eines anderen, fremden Landes von ihrer «Sendung» zu sprechen, deren sie sich nicht richtig bewußt seien, und warum man sich erlaubt, dem Kardinal Wyszynski vorzuwerfen, er diene der Politik des Ostblocks mit seinen Reden mehr als der Kirche. Weil er von der Haltung der Bundesrepublik gegenüber Polen nicht gerade begeistert war und ihm die entsprechenden Reden des Bundeskanzlers in Anbetracht der grausamen Vergangenheit nicht gerecht zu sein schienen? Ich weiß es nicht. Wohl aber weiß ich, daß im selben Augenblick, da obige Meldung veröffentlicht wird, Kardinal Wyszynski im schärfsten Kampf gegen die politischen Machthaber seines Landes steht und in unzweideutiger Weise, mit einem Mut sondergleichen, dem Willen und den Forderungen eines Gegners gegenübertritt, der – rein machtpolitisch gesehen – immerhin in der Lage ist, den Primas von Polen wieder hinter Gefängnismauern verschwinden zu lassen.

Eine erschütternde Statistik

Vielleicht veranlaßte den Kardinal zu seinen kritisierten Reden auch folgende Meldung, die eine polnische Studienkommission nach jahrelangen Bemühungen und mühevollen Zusammenstellungen über die effektiven Verluste an Menschenleben, die Polen durch den Hitler'schen Vandalismus erlitten hat, veröffentlichte:

6,02 Millionen Menschen, das heißt 22,2 % der Bevölkerung, wodurch Polen weitaus an der Spitze der Verluste aller am Weltkrieg teilnehmenden Völker steht. Davon fielen:

644 000 durch unmittelbare Kriegshandlung;

3 577 000 in den Vernichtungslagern, bei «Befriedungs-Aktionen», Liquidierung der Ghettos und durch Hinrichtungen;

1 286 000 in Gefängnissen und Lagern infolge von Epidemien, Erschöpfung, schlechter Behandlung usw.;

521 000 außerhalb der Lager infolge Erschöpfung, Verwundungen, Überarbeitung.

Bei allen Fehlern, die in solchen Statistiken unvermeidbar sind, versuche man sich einen Augenblick diese Tragödie mit ihrem unermesslichen Leid, mit ihrer Not und ihrem Elend, mit ihren seelischen und physischen Schmerzen, aber auch mit dem Heroismus des Volkes zu vergegenwärtigen. Ich betone «man versuche es», denn zu ermessen ist es nicht. Selbst das aufrichtigste, das erschütterndste *mea culpa* wird das, was geschah, nicht decken. Gewiß: auch das Leid, das Elend, die Verluste der aus Polen vertriebenen Deutschen dürfen nicht vergessen werden, aber auch nicht, daß sie die Folge und nicht die Ursache der obigen Ziffern waren und dies Leid nicht Polen, sondern Bundesdeutschland, so weit es in seinen Kräften steht, wieder gut zu machen oder zu mildern hat. Es darf auch in diesem Zusammenhang Polen daran erinnert werden, daß viel mehr deutsche Soldaten und Beamte als man denkt und als es nach außen sichtbar wurde (oft unter eigener Lebensgefahr) armen polnischen Opfern sich zu retten halfen. Dies konnte in diesem unermesslichen Leid gewiß nur eine Geste des guten Willens sein, offenbarte aber immerhin, daß selbst die grausamste, beinahe lückenlose Diktatur es nicht vermag, das Göttliche im Menschen und damit das Menschliche selbst völlig zu unterdrücken.

Polens Eigenart und Kirche

Aber gerade dieses Menschliche, dieser verstehende Ton in der Stimme, diese Achtung vor der Persönlichkeit und den Leistungen wie eine absolute Aufrichtigkeit dem Gesprächspartner gegenüber, die (einmal anerkannt) auch nicht vor Kritiken zurückzuschrecken braucht, sind es, die den Polen aus

einem oft verkrampften Mißtrauen heraus in einen offenen Dialog hineinführen, wobei bemerkt werden muß, daß der Pole ein ausgezeichneter Debatter ist und die Diskussion liebt. Gerade diese Tatsache dürfte mit ein Grund sein, warum in Polen, zum Unterschied von allen anderen kommunistisch regierten Ländern, das Regierungssystem ein liberales ist.

Auf alle Fälle habe ich es zwischen den Kriegen in meinen durch Jahre gehenden Studienreisen durch ganz Polen und in hunderten von Gesprächen mit Ministern, Parteipolitikern jeder Richtung oder Kirchenmännern (vom Primas von Polen, Äbten und anderen hohen Geistlichen bis zum kleinen Dorfpfarrer) und Intellektuellen, wie den Persönlichkeiten der caritativen Organisationen immer wieder erlebt, daß kein Thema zu schwierig und zu heiß war, das man nicht von dem Augenblick an in aller Offenheit besprechen konnte, da man absolutes Vertrauen genoß und jedes «moralisieren» aufhörte.

Was die Kirche anbelangt, so wird man nicht übersehen dürfen, daß sie das Christentum seit über tausend Jahren in das nationale Leben integrierte. Wenn heute eine diesem entgegengesetzte Weltanschauung durch ihr politisches System versucht, sich ihrerseits in das nationale Leben zu integrieren, so kann sie zwar mit Gewalt ihre Wurzeln in den nationalen Boden senken; nur: was nützt es ihr, wenn der vom Christentum und seiner Freiheit durchtränkte Boden seinen Saft auch in die fremden Wurzeln sendet? Kommunismus wird sicher nicht daraus.

Was dieser und mit ihm andere, ach so «weise» Kritiker der so «rückständigen», ihrer «Sendung nicht bewußten» polnischen Kirche und des polnischen Katholizismus übersehen, ist, daß die Priester es waren, die die nationale Geburt und das nationale Leben auf das engste mit der Religion verwebten und stets erneut belebten. Dazu gaben ihnen die wiederholten «Teilungen» des Landes und die brutalste Herrschaft der fremden Eroberer, die dem Volke sogar die Muttersprache verboten, immer wieder Gelegenheit. Was diese zerschnitten, nähten die Priester mit leiser Hand wieder zusammen, abgesehen davon, daß mancher politisch Verfolgte von ihnen dem Verfolger entzogen wurde. Auch mancher Kommunist verdankt ihnen sein Leben und seine Freiheit, woran sich diese vielleicht etwas mehr erinnern sollten. Man tut keinem polnischen Patrioten Abbruch, wenn man der historischen Wahrheit gerecht wird und sagt, daß die polnische Kirche und die katholischen Gläubigen in allererster Linie den polnischen Patriotismus wachhielten, ohne den die polnische Nation nicht mehr bestehen würde. Wenn eine Nation immer wieder gezwungen wird, sich mit letzter heroischer Kraft zu verteidigen, um ihr Leben zu erhalten, dann darf man sich nicht wundern, wenn sie gegenüber ihren ständig gleichbleibenden Gegnern vielleicht oft zu mißtrauisch und zu nationalistisch wird. Als wir uns frierend in unsere Mäntel hüllten, sagte mir einmal ein polnischer Diplomat: «Wie wäre das schön, wenn Polen in Südamerika liegen würde, dort hätten wir warm und nicht zwei so mächtige Nachbarn an unseren ausgedehnten Grenzen. Aber vielleicht liebe ich unser Land gerade deswegen so.»

Zwei Denkungsarten

Es ist aber nicht nur diese «unverarbeitete Vergangenheit» und auch nicht das Regierungssystem des heutigen Polen, die es uns so schwer machen, wieder zu einigermaßen normalen Beziehungen zu Polen zu kommen. Vielmehr sind es zwei Denkungsarten, die, je länger eine Annäherung zwischen Polen und Deutschland hinausgeschoben wird, sich immer mehr auseinanderleben, obwohl sie zueinander gehören: die juristische und die politische Art, das Problem zu betrachten. Rein juristisch gesehen ist der Standpunkt der deutschen Bundesrepublik unantastbar. Nach diesem kann nur eine Gesamtlösung – also ein Friedensvertrag – schlußendlich zu normalen Beziehungen führen.

Der aber kann allein von den Siegern (das heißt, den Westmächten und Sowjetrußland) mit dem damals bedingungslos

die Waffen streckenden Deutschland geschlossen werden. Juristisch gesehen, kann und darf die heutige Bundesrepublik gar keine entsprechenden Verhandlungen führen. Noch einmal sei es gesagt, der juristische Standpunkt der Bundesrepublik ist unantastbar.

Das Unglück ist nur, daß das juristische Denken eines – das politische dagegen ein anderes ist. Das eine ist statischer, das andere dynamischer Natur. Das Verhältnis zwischen zwei Staaten wird aber von beiden bestimmt. Je mehr sich nun das stets fließende Leben zwischen die beiden Denkungsarten drängt, desto trockener wird der Boden der Paragraphen und desto aufgewühlter jener der Politik. Eben weil die juristische und die politische Situation sich in keiner Weise mehr entsprechen, muß jedes noch so versöhnende Wort mißdeutet, ja in sein Gegenteil verkehrt werden; ist doch der Politik jeder juristische Boden entzogen oder entspricht jedenfalls der Politik nicht mehr.

In unserem besonderen Fall kommt noch ein sehr ernster Faktor hinzu: je länger der Schwebzustand andauert und jeder feste Boden zu einer normalisierenden Politik fehlt, desto länger besitzt die furchtbare Vergangenheit zwischen den beiden Völkern ihre grauenhafte Wirkung. Selbst jedwelche Paragraphen verlieren ihre Konturen zwischen den geisterhaften Schatten, die 6 Millionen Kreuze auf 6 Millionen Gräber werfen.

Wie sehr sich die politische Situation seit Kriegsende geändert hat, zeigt ein Vergleich zwischen damals und heute: anstelle eines in Ruinen gelegten, völlig machtlosen und von Elend und Hunger durchfurchten Deutschlands ohne Freunde, steht heute das reichste und industriell mächtigste Land Europas, dessen frühere, westliche Feinde heute seine Freunde sind. Wie sollen dessen wirtschaftliche und – auch militärische Macht, wenn diese auch angekoppelt und abhängig von der Westallianz ist, angesichts der «unverarbeiteten Vergangenheit» und angesichts des staatspolitischen Vakuums zwischen den beiden Völkern, nicht mehrere Fragezeichen, ja Angst bei einer Nation erregen, die immer wieder «Teilungen» über sich ergehen lassen mußte und von der ein General v. Seeckt – also kein Nazi – in seinem Memorandum vom 11. September 1922 sagte: «Polens Existenz ist unerträglich und unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands»?

Gewiß: auch Polen ist heute stärker und mächtiger als zur Vorkriegszeit. Hat es doch mit bewunderungswürdiger Energie und Hingabe seine in Ruinen gelegten Städte, mit ihren für dieses Land einzigartigen Wahrzeichen der Kirchen, wieder aufgebaut und sich in ungehörter Weise industrialisiert. Ferner ist dieses neue Polen durch die angrenzende zweite Weltmacht der Erde geschützt und dem Westpakt steht der Warschauerpakt gegenüber. Die berechtigtesten Fragen und die berechtigteste Angst sind also nicht durch irgend eine unmittelbare Gefahr begründet. Aber gerade durch diese sich gegenüberstehenden Pakte hat die Spannung zwischen ihnen zugenommen. Wie immer, wo die Macht vor einem durch die Vernunft nicht gelösten Problem steht, gewinnt ihr Schwergewicht, und das der Vernunft, die allein eine Lösung herbeiführen kann, wird schwächer.

Bisherige Versuche

Jedes weitere Hängenlassen des bisherigen Schwebzustandes kann nur zu gegenseitigen Anklagen, zur Brunnenvergiftung und zu einem politischen Zustand führen, der selbst diejenigen Elemente auf beiden Seiten, die eine ehrenhafte, auf richtige Lösung suchen, an der Tücke des Objekts verzweifeln lassen. Es wäre Unrecht, die Versuche, die von beiden Seiten gemacht wurden, zu übersehen. Beiderseits waren sie militärischer Natur: der Rapackiplan auf der einen, der Nichtangriffspakt auf der anderen Seite. Wenn auch der erstere über das rein polnisch-deutsche Problem mit seiner Atom-Neutralisierung eines Teils von Europa hinausging und damit die

unmittelbare Angst Europas mildern wollte, wurde er deswegen einer realistisch gesehenen Situation gerecht? Glaubt man wirklich, daß im Fall eines allgemeinen Kladderadatschs der Paragraph über den Willen, den Gegner zu vernichten, siegen würde? Man erinnere sich an ähnliche Pakte, die bis zur Ächtung des Krieges gingen und von allen Mitgliedern des damaligen Völkerbundes angenommen wurden – was ist daraus geworden? Wo die Gewalt mit allen aus ihr geborenen Leidenschaften anfängt, kennt sie nur eine Logik: bis zum Ende zu gehen, wenn notwendig mit allen nur denkbaren Mitteln. Man denke an Hiroshima, um dafür das bezeichnendste Beispiel zu haben.

Aber auch der Nichtangriffspakt kränkte an zwei inneren Widersprüchen: einmal, daß man ihn Polen vorschlug, das man bisher als absoluten Satellit von Sowjetrußland ansah, dessen Entscheidungen nur in Moskau getroffen werden könnten; des andern, daß Bundesdeutschland Polen heute nicht angreifen kann, ohne zuvor in Ostdeutschland einzubrechen, wo – von jedem, einfach undenkbareren Bruderkampf abgesehen – ihm eine gewaltige Übermacht an russischen Divisionen entgentreten würde. Soll man noch erwähnen, daß Bundesdeutschland keine selbständige Militärmacht mehr ist und es nicht nur in seinen Entschlüssen, sondern vor allem in seinen Waffen, in seinen Flugbasen und seinen Nachschublagern, die in Frankreich und teilweise England liegen, völlig abhängig ist?

So gut auch solche Vorschläge gemeint sind – sie entsprechen nicht der Realität der Lage, da das deutsch-polnische Problem vor allem ein politisches ist und bleibt. Polen kann der Deutschen Bundesrepublik noch so mißtrauisch gegenüberstehen, gerade diese Nation wird nicht vergessen, daß sie auch im Westen traditionelle alte Freunde besitzt, die wie Amerika, Frankreich und England eine so große Hochachtung vor ihr und ihren jahrhundertelangen Freiheitskämpfen haben, daß sie nie einen separaten Angriff ihres heutigen Alliierten – Bundesdeutschland – gestatten würden.

Die Notwendigkeit politischer Gespräche

Vor direkten politischen Auseinandersetzungen kann die Deutsche Bundesrepublik von sich aus keine Anerkennungen irgendwelcher Art abgeben, da sie unter allen Umständen nicht zu den wirklich entscheidenden Vertragspartnern gehört. Diese sind de jure ausschließlich die Siegermächte des Weltkrieges, also vor allem die vier Großen: Amerika, England, Frankreich und Sowjetrußland. Da sich aber nun die bisher einzigartige Lage ergeben hat, daß die drei ersteren – also die Westmächte – heute zugleich die Alliierten von Bundesdeutschland sind, und da für diese, infolge ihrer Garantien für ein freies Berlin und damit für Ostdeutschland, das Problem weit über das deutsch-polnische Problem hinausgeht, ist es verständlich, daß Bundesdeutschland diesen schwierigen Verhandlungen in keiner Weise vorgreifen kann. Würde doch jedes Zugeständnis vor den definitiven Verhandlungen den ihm zur Seite stehenden Alliierten, die zugleich entscheidende Richter sind, eventuell wertvolle Trümpfe aus ihrem Spiel nehmen.

Diese durch die gegebene Lage gebotene Zurückhaltung bedeutet aber nicht, daß die Bundesrepublik abwartend die Hände in den Schoß legen darf. Erstens wird sie nicht darum herumkommen, dem Drängen ihrer Alliierten nachzugeben und ihnen ausgearbeitete Pläne zu unterbreiten, die diesen einen Anhalt darüber geben, wie die Bundesrepublik selbst sich einen solchen Friedensvertrag vorstellt. Daß es sich dabei nicht um einige wenige Schlagworte handeln kann, versteht sich von selbst. Ob man will oder nicht, werden dabei auch die berechtigten Ansprüche der Gegenseite mitberücksichtigt werden müssen, von denen nicht der geringste psychologische Natur ist. Angenommen es

würde gelingen, in irgendeiner Weise Ost- und Westdeutschland wieder zu vereinigen, so würde dies die deutsche wirtschaftliche Macht außerordentlich vergrößern und dieses vergrößerte Deutschland würde wieder direkt an die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei stoßen, wodurch die Angst der betreffenden Völker, die sie auf Grund ihrer Erfahrungen vor jedem mächtigen Deutschland hatten und haben, einen gefährlichen Grad erreichen könnte. Gerade dieser Punkt wird in der ostdeutschen Frage viel mehr beachtet werden müssen, als es bisher geschah. Wenn wir ihn erwähnen, so nur, um zu zeigen, wie sehr sich das Problem ausweitete und der vereinten Kräfte wie des vereinten guten Willens von Ost und West bedarf, um der noch gefährlicheren heutigen Situation des getrennten und doch zusammengehörenden Deutschlands zu begegnen. Stehen wir hier doch alle vor einer Situation, die mit Gewalt nicht zu lösen ist.

Aber auch direkte Verhandlungen, wenn auch anderer Art, schließt die juristische Situation nicht aus. Im Gegenteil – sie fordert sie! Wenn z. B. in der Frage der Oder-Neiße-Grenze der Bestimmende der Politik Polens – Gomulka – über die Regierung bis zum kleinsten kommunistischen Funktionär und der ganzen Partei einerseits, und der Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, einschließlich des gesamten Episkopates bis zum kleinsten Dorfpfarrer und allen katholischen Gläubigen andererseits in dieser Frage ein und derselben Auffassung sind und nicht an ihr rütteln lassen, dann kann man sicher sein, daß es sich hier um eine nationale Frage ersten Ranges handelt, die auch dann nicht an Ernst verliert, wenn umgekehrt auch Bundesdeutschland das Gleiche von sich sagen könnte. Bleibt doch ein Unterschied, den ein höchstes Gericht nicht unberücksichtigt lassen könnte: die Stimme von sechs Millionen unschuldigen Toten! Sie fällt gewichtig in die Waagschale. Vor allem aber wurde von diesen Gräbern die psychologische Situation geboren, die jede Art von Verhandlungen so un-

endlich erschwert und die, gleichgültig wie die endliche Lösung auch sein wird, nur schrittweise überwunden werden kann.

Es ist nicht richtig, wenn von polnischer Seite angenommen wird, daß die deutsche Bundesregierung, vor allem aber Bundeskanzler Adenauer, sich dessen nicht bewußt seien, genau so, wie es unrichtig ist, daß sie irgendeine Revision anstreben, die nicht von den höchsten Instanzen der vertragsschließenden Parteien – einschließlich Polens – ihre Unterschrift erhält. Allein die stattgefundenen Verhandlungen eines Außenseiters und Nichtpolitikers, die mit Wissen der Regierung und des Bundeskanzlers erfolgten, beweisen, daß man auch von deutscher Seite zu einer Klärung zu kommen versucht. Wenn diese Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten, so nicht zuletzt, weil der Unterhändler wohl mit Wissen, aber nicht im Auftrag der Regierung handeln konnte. Dies ist aber absolut notwendig, sollen solch klärende Besprechungen, die den Friedensvertrag vorbereiten, einen Sinn haben, wie es überhaupt vorzuziehen wäre, daß sie geheim erfolgen und nicht, wie das letzte Mal, unter dem mißtönenden Konzert der öffentlichen Meinung. In dieser Hinsicht gaben die geheimen Verhandlungen des offiziellen Frankreich mit den offiziellen diplomatischen Vertretern der provisorischen Regierung Algeriens ein lehrreiches Beispiel. Auch dort wurde nicht über die Probleme an sich verhandelt, sondern lediglich der Weg zu ihrer Klärung einigermaßen freigelegt, wobei eine neutrale Macht ihre guten Dienste anbot.

Sicher ist, daß solch ruhige, aufrichtige Vorbesprechungen die Atmosphäre reinigen und die Gemüter beruhigen würden.

Nenne man nun diese sich in Polen herausgebildete Situation West-Ost wie man will: sie ist es allein, mit der man zu rechnen hat, und sie bildet trotz allen entgegengesetzten ideologischen Glaubens eine Einheit im Glauben an Polen, das gemeinsame Vaterland.

H. Schwann

Bibel

Wenn ein Katholik das Inhaltsverzeichnis der «Geschichte Israels» des protestantischen Forschers Martin Not ansieht, dürfte er ziemlich überrascht sein. Erwartet man denn von einer Geschichte Israels nicht, daß sie die Schicksale Israels chronologisch darstellt, angefangen bei Abraham über Moses zur Eroberung des Heiligen Landes? Tatsächlich beschäftigt sich aber das erste Kapitel der «Geschichte Israels» von Not mit der Landnahme der israelitischen Stämme, und das zweite Kapitel mit dem Bund dieser Stämme. Erst im dritten Kapitel befaßt sich Not mit dem Anfang, aber selbst hier in einer «verkehrten» Reihenfolge, insofern im ersten Paragraphen dieses Kapitels die Befreiung aus Ägypten dargestellt wird und erst im zweiten Paragraphen von den Erzvätern, also von Abraham, Isaak und Jakob, die Rede ist.

Das Inhaltsverzeichnis von Not ist ein Spiegelbild der Skepsis des Autors. Mit dieser Skepsis ist Not aber nur ein Exponent einer Richtung innerhalb der protestantischen Alttestamentler, die meinen, daß die biblischen Erzählungen von den Patriarchen eher Legenden seien denn Geschichte. Da nun der Katholik infolge der modernen Kommunikationsmittel wie Radio und Fernsehen auch mit diesen Ideen in Berührung kommt, ist es überaus zu begrüßen, daß der Patmos-Verlag eine Darstellung der biblischen Patriarchen-Erzählungen vom katholischen Standpunkt aus herausgegeben hat.

Es handelt sich um die Übersetzung einer Artikelserie von dem Dominikanerpater Roland de Vaux,¹ die in den Jahren 1946-1949 in der «Revue Biblique» erschienen ist. Daß es sich nicht etwa um eine fromme Nacherzählung handelt, sondern um eine Konfrontation der biblischen Erzählungen mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung, zeigt der deutsche Titel des Buches an: «Die hebräischen Patriarchen und die modernen Entdeckungen». Wenn diese Artikelserie nach zehn Jahren

¹ Roland de Vaux: Die hebräischen Patriarchen und die modernen Entdeckungen. Düsseldorf, Patmos-Verlag, 1959. 110 S., mit 3 Karten, DM 9,80.

ins Deutsche übersetzt wird, so ist das keineswegs eine Verlegenheitslösung des Verlages, dem kein neueres Manuskript zur Verfügung gestanden hätte, sondern vielmehr ein Ausdruck dafür, daß die Arbeit von de Vaux als klassisch zu gelten hat. Das mag der Laie schon daraus erschen, daß ein protestantischer Spezialist für alttestamentliche Forschung, Dr. Otto Eißfeldt, das Vorwort zur deutschen Ausgabe geschrieben hat. Darin anerkennt er, daß Pater de Vaux unter jenen Gelehrten, die die außerbiblischen Quellen für ein besseres Verständnis der Patriarchenerzählungen fruchtbar gemacht haben, an erster Stelle steht.

Mit dem dritten Band der «Geschichte des Alten Testaments» von Claus Schedl CSsR² stehen wir in der Zeit Samuels und der Könige Saul, David und Salomon. Wenn der Autor im Vorwort bemerkt, daß dieser dritte Band nicht einfach eine neue Bearbeitung des Werkes von Aemilian Schöffler sei, sondern etwas vollständig Neues, so scheint uns, daß diese Tatsache sich vorteilhaft ausgewirkt hat. Beim ersten Band der «Geschichte des Alten Testaments» von Schedl hatten wir tatsächlich den Eindruck, der Autor sei allzu konservativ. Das trifft auf den dritten Band in keiner Weise zu. So zeigen z. B. die Ausführungen zu den Büchern der Könige und den Büchern der Chronik eine Information, die ganz auf der Höhe der gegenwärtigen Forschung steht, und eine Aufgeschlossenheit gegenüber den neuen Ergebnissen der wissenschaftlichen Arbeit am Alten Testament, die alles Bewährte daraus aufnimmt.

Eines besonderen Hinweises bedarf die Behandlung der Psalmen, da man ja nicht ohne weiteres erwarten würde, daß sie in dem Band, der mit der Reichstrennung um das Jahr 930 v. Chr. schließt, zur Darstellung kommen. Jeder Priester wird dankbar sein, auf dem knappen Raum von etwas über 30 Seiten in die Geschichte der Psalmendeutung und der Entstehung der Psalmen eingeführt zu werden. Aus welcher Kenntnis und Aufgeschlossenheit diese Seiten geschrieben wurden, zeigt ein Urteil des Autors: «Ohne Text- und Literaturkritik, ohne Religions- und Formgeschichte, ohne Kultforschung, Archäologie und altorientalische Literaturgeschichte

² Claus Schedl: Geschichte des Alten Testaments. III. Band: Das goldene Zeitalter Davids. Innsbruck, Tyrolia-Verlag, 1959. 500 S., 6 Karten, 7 Abbildungen, Fr. 25.-.

kann heute niemand an die Erklärung der Psalmen herantreten. (...) Nichts und niemand kann uns die Last der «profanen Exegese» abnehmen» (S. 437).

Den meisten Raum nehmen natürlich die erzählenden Partien ein. Was aber auf diesen Seiten im Kleindruck steht, ist von großem Wert. Hier bietet der Autor Parallelen aus außerbiblischen Quellen, die mancher biblischen Erzählung das Anstößige nehmen, das sie für den modernen Leser haben. Wir denken etwa an die Erzählung des 15. Kapitels im 1. Samuelbuch mit dem Befehl Gottes an Saul, an den Amalekiter den Bann zu vollziehen. Hier erwähnt der Autor den Mesastein, der ein eindrückliches Zeugnis für die Gottesvorstellung des Alten Orients enthält. Auch scheut der Autor nicht davor zurück, in 5. Moses 20, 10–19, eine Stelle, die vom Banne handelt, eine theologische Erklärung zu sehen, die einer späteren Zeit angehört, also in keiner Weise eine dem König Saul vorschwebende Rechtfertigung des Bannes ist. Hierin zeigt sich, daß Schedl jene ungeschichtlich-apoloretische Darstellungsweise, wie sie noch ein volkstümliches Kommentarwerk aus dem Jahre 1940 aufweist, überwunden hat.

Daß Schedl die biblische Geschichte nicht einfach nach Art einer Profangeschichte nacherzählt, sondern dem religiösen Sinn der Geschehnisse nachspürt, zeigt der Satz, mit dem er zum nächsten Band überleitet: «Als von Gott gepackte Deuter der verworrenen Geschichte und als Wegweiser in die Zukunft treten die großen Propheten auf, die einen neuen Abschnitt in der Geschichte des Gottesreiches einleiten». Geschichte des Gottesreiches, das ist der Gesichtspunkt, unter dem der Autor das Alte Testament darstellt.

Werke über die Bibel, wie wir sie im Vorausgegangenen besprochen haben, wollen uns in die Lage versetzen, die Bibel selbst mit Gewinn zu lesen. Nicht nur in Deutschland sind seit dem zweiten Weltkrieg neue Bibelübersetzungen entstanden, wie etwa die Echter-Bibel oder jene des Pattloch-Verlages, sondern auch in Frankreich. Große Berühmtheit hat die «Bible de Jérusalem» erlangt. Wollte die «Bible de Crampon»³ nicht verdrängt werden, so mußte auch sie in einer revidierten Übersetzung erscheinen.

Für die Bearbeitung des Alten Testaments zeichnet der nunmehr verstorbene Professor am Päpstlichen Bibelinstitut in Rom, *J. Bonsirven S. J.*, während das Neue Testament von *A. Tricot*, Honorarprofessor am Institut Catholique in Paris, vollständig neu übersetzt wurde. Außerdem haben noch *A. Lefèvre S. J.*, Professor für alttestamentliche Exegese im Theologat von Chantilly, und *A. Robert*, der nunmehr verstorbene Professor am Institut Catholique, am Alten Testament mitgearbeitet; ersterer hat die Genesis und letzterer die Psalmen, die Sprüche und das Hohe Lied übersetzt.

Besondere Sorgfalt wurde auf die Angabe biblischer Parallelen verwendet.

³ La Sainte Bible du Chanoine Crampon. Tournai, Désclée et Cie., 1960. 1164 S. und 364 S., 12 Karten.

Die unterschätzte Waffe

Es kann und darf nicht übersehen werden, daß heute Bücher, Zeitschriften und insbesondere Zeitungen die öffentliche Meinung in einem geradezu beängstigenden Maße beeinflussen. Zwar huldigen die meisten Leser der Meinung, sie seien fähig, sich über das Gelesene eine eigene Ansicht bilden zu können, was aber bei dem Umfang der heutigen Wissensgebiete völlig illusorisch ist. Wie leicht es ist, die Wahrheit zu verzerrern und dabei den Lesern noch vorzuspiegeln, sie seien völlig objektiv informiert worden, mögen die folgenden Ausführungen näher darlegen.

Schon die Auswahl der gebotenen Informationen bietet eine leichte und glänzende Möglichkeit, die Wahrheit zu trüben oder zu färben. So wird in sowjetischen Zeitungen nie über das soziale Niveau der USA berichtet, wohl aber jeder Streik oder Rassenkrawall lang und breit ausgeschlachtet. Mit größtem Geschick werden alle negativen Ereignisse gesammelt und dem Leser vorgesetzt. Will man den umgekehrten Eindruck erwecken, so verwendet man einfach alle Positiva, mögen sie im Grunde noch so vereinzelt dastehen und unbedeutend sein. Auf diese Weise erzeugt man im Leser schließlich ein ganz bestimmtes und zum vornherein beabsichtigtes Bild, von dem er glaubt, er hätte es sich auf Grund seines eigenen Urteils erworben.

Die Kommunisten haben hier schon früh ihre große Chance erkannt und auch wahrgenommen (wenn auch nicht verschwiegen werden darf, daß sich verschiedenste Verlage und Zeitungen westlicher Länder der gleichen Praktiken bedienen). 1952 wurde in der UdSSR das «Institut für wissen-

Diese Arbeit besorgten für das Alte Testament die Professoren *M. Caudron* und *M. Augrain*. Die Parallelen umfassen wörtliche Übereinstimmungen, aber auch Hinweise geschichtlicher, literarischer und lehrmäßiger Art. Sie sind in einer Spalte in der Mitte jeder Seite angeordnet, wodurch sie von den eigentlichen Anmerkungen unten auf der Seite getrennt sind und an Übersichtlichkeit gewinnen. Wie zahlreich diese Verweise sind, die eine Vertiefung in den Bibeltext erleichtern, zeigt ein Vergleich mit anderen Bibelausgaben. So nennt z. B. für den Sündenfall in 1. Mose 3, 1–24 die Bibel von Henne überhaupt keine Parallelstellen, während die Bibel des Pattloch-Verlages deren fünf angibt, die Zürcher Bibel drei, die «Bible de Crampon» aber vierundzwanzig.

Auch die Anmerkungen sind sorgfältig gearbeitet. Leider müssen wir uns mit der Anführung eines einzigen Beispiels begnügen. Zum Vers 15 des 3. Kapitels der Genesis schreibt die Bibel des Pattloch-Verlages: «Unter dem Sproß versteht man hier eine bestimmte Person; die heiligen Väter sahen in ihm Christus, im Weibe Maria».

Bei Crampon aber liest man: «Die Nachkommenschaft der Frau (im Hebräischen kann das männliche Pronomen nichts anderes bedeuten als die Nachkommenschaft) wird dir nach dem Kopfe zielen. Die Septuaginta übersetzt nicht, sondern interpretiert den hebräischen Text: es ist ein Nachkomme der Frau, der gegen die Schlange kämpfen wird. Die Vulgata übersetzt ‚ipsa‘ (die Frau). Auf diese Übersetzung der Vulgata stützt sich die marianische Interpretation. Aber, so sagt der hl. Hieronymus, die richtige Lesart lautet ‚ipse‘ (Septuaginta und syrische Übersetzung), die sich in mehreren alten Handschriften der Vulgata findet.»

Da der 15. Vers des 3. Kapitels der Genesis in der Mariologie eine nicht unbedeutende Rolle spielt, ist man A. Lefèvre S. J. dankbar, daß er in unbestechlicher Wissenschaftlichkeit so eindeutig feststellt: nur eine einzige Übersetzung entspricht dem hebräischen Urtext und diese Übersetzung heißt: die Nachkommenschaft der Frau. Genau das Gegenteil lasen wir in der Anmerkung der Pattloch-Bibel, die die einzig richtige Übersetzung «die Nachkommenschaft» zurückweist und betont, es handle sich um einen Nachkommen, um eine bestimmte Person, um dann den Text auf Christus deuten zu können. Dank Lefèvre ist also klargestellt, daß die Auslegung der Pattloch-Bibel sich nicht auf den hebräischen Urtext stützt, sondern auf die griechische Übersetzung, die aber in diesem Fall nicht übersetzt, sondern interpretiert hat. Die so viel bemühte Übersetzung der Vulgata, «ipsa», kann nicht einmal als Übersetzung angesprochen werden, da «ipsa» in alten Handschriften der Vulgata mit der Lesart «ipse» konkurriert und deshalb schon von Hieronymus als fehlerhafte Lesart erkannt wurde.

Uns scheint also, daß auf Grund der angegebenen Parallelstellen und der Anmerkungen von Lefèvre in der Genesis selbst ein deutschsprachiger, aber natürlich des Französischen kundiger Priester, der Predigten und Bibelkreise vorbereiten muß, in der neuen Ausgabe der «Bible de Crampon» ein wertvolles Arbeitsinstrument finden könnte. *M. Brändle*

schaftliche Information der Akademie der Wissenschaften der UdSSR» geschaffen, eine Institution, welche rund 2500 feste Mitarbeiter und etwa 13 000 korrespondierende Mitglieder zählt. Die Aufgabe dieser Leute besteht in der Auswertung von allen bedeutenden westlichen Zeitungen und Zeitschriften. 13 Informationsblätter mit Kurzreferaten sowie 36 hektographierte Serien «Expressinformationen» (diese Serien erscheinen wöchentlich) zeigen sich als Ergebnis der Arbeit dieses Instituts. Der Katalog der internationalen Buchhandlung in Moskau führt für das Jahr 1961 volle 3346 Zeitungen und Zeitschriften an, die nicht nur in russischer, sondern auch in den übrigen Sprachen der Sowjetvölker sowie in Deutsch, Französisch, Englisch u. a. erscheinen. Was die politischen Nachrichten angeht, so werden sie alle zentral überprüft und gesteuert durch die Agentur Taß. Diese Nachrichtenzentrale verfügt über Fernschreiberverbindungen in alle Satellitenstaaten, so daß auch die Gleichschaltung der Satellitenpresse weitestgehend erreicht ist.

Besonders bedeutungsvoll erscheint uns aber, daß in den letzten Jahren die SU bedeutende und sehr erfolgreiche Versuche unternommen hat, auch in den nichtkommunistischen Ländern durch Presseerzeugnisse jeder Art Einfluß auf die öffentliche Meinung zu gewinnen. Besonders aktiv sind hier die Kommunisten der sogenannten DDR, wo außerordentliche Mengen an russischen Schriften übersetzt und nach Westdeutschland verschoben werden. Das Zersetzungsmaterial allein für die deutsche Bundesrepublik beläuft sich auf etwa 125 Millionen DM. Jährlich werden rund 24 Millionen Flugschriften und 28 kommunistische Zeitungen (von den Tarnzeitungen ganz zu schweigen) in der Bundesrepublik unter das Volk gebracht. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch in Afrika, Ostasien

und Südamerika in gleich intensiver Weise mit kommunistischem Propagandamaterial gearbeitet und für diese Ideologie geworben wird.

Sehr instruktiv ist auch ein Blick auf die Preislisten sowjetischer Schriften für das Ausland. So kostet zum Beispiel die Zeitschrift «Sowjetunion» in der Bundesrepublik DM 10.—, in der Schweiz Fr. 12.—, was in etwa mit dem Unterschied in der Valuta erklärt werden könnte. Weshalb aber kostet dann «Kultur und Leben» in der Bundesrepublik DM 12.20 und in der Schweiz nur Fr. 10.—? Weshalb wird «Neues Leben» gar nicht in die Schweiz verkauft? — Die Beispiele ließen sich beliebig erweitern, die Antwort kann sich der Leser selber geben. Nur am Rand sei auch noch bemerkt, daß der offizielle Katalog der Meshdunarodnaja kniga für die gesamte Bundesrepublik drei Verkaufsstellen ihrer Produkte anführt, für die Schweiz dagegen zwölf (davon je drei in Genf und Bern und je zwei in Zürich und Lausanne) — zweifellos auch eine interessante Erscheinung.

Was aber geschieht im Westen gegen diese kommunistische Propagandafut? In erster Linie wären Schriften erforderlich, welche die Leute über die wahren Verhältnisse in der SU informieren, und zwar nicht so, daß den sowjetischen Lügen westliche Lügen entgegengestellt werden (was leider nur zu oft geschieht und wobei sich immer wieder zeigt, daß die Kommunisten das Lügen viel besser verstehen), sondern objektive Publikationen. Es kann hier auf eine Institution hingewiesen werden, welche gerade in diesem Rahmen Hervorragendes leistet: das «Institut zur Erforschung der UdSSR», welches seinen Sitz in München hat. Es handelt sich dabei um

eine Körperschaft von emigrierten Sowjetwissenschaftlern, die auf internationaler Basis arbeitet und eine große Zahl sehr zuverlässiger und empfehlenswerter Schriften in neun verschiedenen Sprachen, u. a. auch französisch und deutsch, herausgibt. Die Bibliothek des Instituts verfügt z. Zt. über 47 000 Bände, wovon 10 000 Bände Zeitschriften sind. Jeden Tag gehen dort 810 Zeitungen ein, davon 400 aus der UdSSR. Es mutet beinahe wie eine Ironie des Schicksals an, daß das Etat dieses Instituts vor einigen Monaten beträchtlich beschnitten wurde, während die Kommunisten Jahr für Jahr größere Anstrengungen auf diesem Gebiet unternahmen.

Der Westen schläft! Hoffentlich gibt es nicht nach einigen wenigen Jahren ein reucvolles Erwachen, dann könnte es nämlich zu spät sein. Nicht mit den amerikanischen Straßenkreuzern, nicht mit Wundereisschränken und unserer gesamten Konservenzivilisation können wir den Kommunismus bekämpfen, sondern einzig und allein auf geistigem Gebiet — doch gerade dort will nichts geschehen. Haben wir der Idee des Kommunismus, dem Idol einer unerfüllbaren klassenlosen Gesellschaft nichts mehr entgegenzusetzen? R. Hotz

Literatur:

Wir verweisen auf die folgenden Erscheinungen des Instituts zur Erforschung der UdSSR:

Monatlich erscheinen: «Sowjetstudien», deutsch; «Problèmes soviétiques», französisch; «Bulletin», englisch.

Ein neuer Band der Tyrolia-Predigtreihe:

GUSTAV GERBERT

Predigten über die Liebe

Anregungen und Vorlagen in Anlehnung an das Kirchenjahr.
Werkbuch der Kanzelarbeit Band V. 364 Seiten, kart. Sfr. 19.—.

Pfarrer Gerbert fügt seinen bisher erschienenen vier Bänden über den Festzyklus des Kirchenjahres einen neuen Band mit Predigten über die Liebe an. Gerbert will aufzeigen, daß Pastoration und Wortverkündigung vor allen anderen unter den großen Gedanken der Liebe gestellt werden sollten.

Soeben erschienen im
TYROLIA-VERLAG INNSBRUCK — WIEN — MÜNCHEN

»Kleine theologische Reihe«

Eugen Walter
DEINE SUNDEN SIND DIR VERGEBEN
68 Seiten. Kartonierte DM 3.80

Yves de Montcheuil
DAS REICH GOTTES UND SEINE FORDERUNGEN
Aus dem Französischen übersetzt von Alice Künneke
88 Seiten. Kartonierte DM 4.50

Yves Congar
CHRISTUS — MARIA — KIRCHE
Aus dem Französischen übersetzt von Hans Broemser
84 Seiten. Kartonierte DM 4.20

Louis Bouyer
WORT — KIRCHE — SAKRAMENT
in evangelischer und katholischer Sicht
Aus dem Französischen übersetzt von Willi Neubert
88 Seiten. Kartonierte DM 4.50

Louis Bouyer
MENSCH UND CHRIST
Aus dem Französischen übersetzt von Hans Broemse
104 Seiten. Kartonierte DM 4.80

Interessenten an unserer Verlagsproduktion senden wir auf Anforderung gerne unseren ausführlichen Katalog «Das religiöse Buch im Matthias-Grünwald-Verlag» zu!



MATTHIAS-GRÜNEWALD-VERLAG · MAINZ

Photoapparate - Reparaturen

O. BUSCH Spezialwerkstätte für Photo-
reparaturen u. Feinmechanik

Zürich 1 — Rennweg 20 — Telephon (051) 27 90 04

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen Katholischen Volksvereins, Zürich 2, Scheideggstraße 45, Tel. (051) 27 26 10 / 11.

Druck: H. Börsigs Erben AG., Zürich 8.

Abonnements- und Inseratenannahme: Administration «Orientierung», Zürich 2, Scheideggstraße 45, Tel. (051) 27 26 10, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Gönnerabonnement jährlich Fr. 18.—; Abonnement jährlich Fr. 13.50; halbjährlich Fr. 7.—. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. — Belgien-Luxemburg: Jährlich bFr. 190.—. Bestellungen durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Société Belge de Banque S.A., Bruxelles, C. C. P. No. 218 505. — Deutschland: DM 13.50/7.—. Best. u. Anzeigenannahme durch Administration Orientierung, Scheideggstr. 45, Zürich 2. Einzahlungen an Volksbank Mannheim, Mannheim, Konto Nr. 785, PschA. Ludwigshafen/Rh., Sonderkonto Nr. 12975 Orientierung. — Dänemark: Jährlich Kr. 25.—. Einzahlung an P. J. Stäubli, Hostrupsgade 16, Silkeborg. — Frankreich: Halbjährlich NF. 7.—, jährlich NF. 14.—. Best. durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Crédit Commercial de France, Paris, C. C. P. 1065, mit Vermerk: Compte Etranger Suisse 644.286. — Italien-Vatikan: Jährlich Lire 2000.—. Einzahlungen auf c/c 1/14444 Collegio Germanico-Ungarico, Via S. Nicolò da Tolentino, 13, Roma. — Oesterreich: Auslieferung, Verwaltung und Anzeigenannahme Verlagsanstalt Tyrolia AG, Innsbruck, Maximilianstraße 9, Postcheckkonto Nr. 142.181. (Redaktionsmitarbeiter für Oesterreich Prof. Hugo Rahner). Jährlich Sch. 80.—. U.S.A.: Jährlich \$ 4.—.

Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet: «Orientierung», Zürich